

Regierung verzichtet auf Quarantänemaßnahmen im Falle von Einzelinfektionen in den Schulen

Empfehlung statt Quarantäne



Sind sich einig geworden: Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) und Bildungsminister Claude Meisch (DP). Foto: Chris Karaba

POLITIK & GESELLSCHAFT / MICHÈLE GANTENBEIN

Als das Syndicat national des enseignants (SNE) gestern Vormittag seine Pressekonferenz abhielt, herrschte noch große Verwirrung wegen der Teilquarantäne, in der sich gut 100 Lehrer befanden. Während die Gewerkschaft sich vor der Presse über die aus ihrer Sicht unangemessene Maßnahme beschwerte und generell chaotische Zustände wegen widersprüchlicher Anweisungen und unklaren Prozeduren anprangerte, brütete die Regierung über einer Lösung für das Quarantänenproblem.

Die Auflösung kam gestern Nachmittag. Bildungsminister Claude Meisch (DP) und Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) verkündeten gerade rechtzeitig vor dem Wochenende den Kompromiss, auf den man sich in der Regierung einigen konnte. Die partielle Quarantäne im Falle einer Einzelinfektion in einer Klasse

(Szenario 1) ist vom Tisch. Damit greift das Stufenmodell, so wie es eigentlich von Anfang an gedacht war: Im Falle einer Einzelinfektion werden weder Schüler noch Lehrer unter Quarantäne gestellt. Die Klasse wird innerhalb der Schule isoliert, funktioniert normal weiter, aber mit Maskenpflicht. Die Schüler dürfen nicht mit anderen Schülern in Kontakt kommen, deshalb ist die Schulkantine in dieser Zeit tabu. Getestet wird am sechsten Tag. Sind alle Tests negativ, kehrt die Klasse wieder zurück zur Normalität.

Was tun außerhalb der Schule?

Paulette Lenert ist wichtig, das Risiko auch außerhalb der Schule möglichst gering zu halten. Die Santé verzichtet nun also auf eine Quarantäne zugunsten einer Empfehlung an die Betroffenen, sich vorsichtig zu verhalten und die Kontakte so gering wie möglich zu halten, wie Lenert erklärte. Das bedeutet auch, dass die Kinder in der Zeit bis zum Test nicht in die Betreuungsstrukturen gehen sollen. Um ihre Kinder betreuen zu können, können die Eltern außerhalb der Schulzeit auf den *Congé pour raisons familiales* zurückgreifen.

In Szenario 2 werden die Schüler unter Quarantäne gestellt – der Lehrer je nachdem, wie eng der Kontakt zu dem Infizierten war und ob er einen Mundschutz trug. Die Schüler werden zu Hause im Live-Stream unterrichtet. Das Bildungsministerium ist dabei, das dafür notwendige informatische Material anzuschaffen, um sicherzustellen, dass jeder Schüler von zu Hause aus am Unterricht teilnehmen kann.

Claude Meisch zufolge hat es in den öffentlichen Grundschulen zwischen dem 15. und dem 25. September 60 Fälle (Szenario 1) und drei Fälle (Szenario 2) gegeben. In den öffentlichen Sekundarschulen waren es 31 Fälle (Szenario 1) und zwei Fälle (Szenario 2). In den privaten Grundschulen waren es 13 Fälle (Szenario 1) und in den privaten Sekundarschulen vier Fälle (Szenario 3). Vor Schulbeginn wurden 139 Schüler zwischen drei und 20 Jahren positiv getestet.

Meisch zeigte sich zufrieden mit der nun gefundenen Regelung. „Wir haben Klarheit über die Prozeduren, über die Abläufe und Klarheit darüber, wann es zu einer

Quarantäne kommt und wann nicht.“ Der Bildungsminister unterstrich noch einmal das geringe Infektionsrisiko in den Schulen, „wenn sich an die Sicherheitsmaßnahmen gehalten wird“. Auch Paulette Lenert unterstrich das geringe Risiko. „Das belegen Studien, aber auch unsere Zahlen zeigen, dass es so ist. Von daher stehen wir voll und ganz hinter dem Stufenmodell“, so Lenert.

SNE bleibt skeptisch

Die Gewerkschaften wurden gestern über die neue Regelung in Kenntnis gesetzt. SNE-Präsident Patrick Remakel hofft, dass sich die Kommunikation zwischen der Santé und den Schulen verbessern wird, es nicht weiter zu widersprüchlichen Anweisungen kommt und die Lehrer nicht länger mit ihren Fragen allein gelassen werden. Antworten auf Fragen, was wann zu tun sei, würden lange auf sich warten lassen „oder sind derart unpräzise, dass die Lehrer nichts damit anfangen können“, so Remakel. Er forderte die beiden zuständigen Ministerien auf, klare und einheitliche Richtlinien aufzuzeichnen.

Luxemburg wieder Risikogebiet

Nachdem Belgien und die Schweiz Luxemburg bereits zum Risikogebiet erklärt hatten, folgte gestern auch Deutschland. Wie es in einem Presseschreiben des Luxemburger Außenministeriums hieß, gilt die Einstufung als Risikogebiet möglicherweise schon seit gestern Abend.

Außenminister Jean Asselborn (LSAP) stehe in engem Kontakt mit seinem Amtskollegen, Bundesaußenminister Heiko Maas, und weise darauf hin, dass die Infektionszahlen in Luxemburg seit Tagen wieder rückläufig seien und die Reproduktionsrate mittlerweile auf 0,95 gesunken sei.

Personen, die aus Luxemburg nach Deutschland reisen möchten, unterliegen einer allgemeinen Testpflicht. „Es gibt jedoch eine Reihe von Ausnahmen von dieser Testpflicht, welche in den Quarantäneverordnungen der jeweiligen Bundesländer festgelegt sind“, so das Außenministerium gestern Abend in dem Kommuniké.

